

(13.07.2018 – 26.07.2018)

Grüner Pressespiegel

Partei Vorstand

25.07.2018 – GRÜNE: Herkulesbahn bekommt Rückenwind

„Für diesen Ansatz aus Wiesbaden haben wir in der Kasseler Koalition die politischen Vorbereitungen getroffen. Jetzt gilt es gemeinsam, die Straßenbahn zum Herkules wieder zu aktivieren und den Bergpark noch besser erreichbar zu machen.“, sagt Vanessa Gronemann. In der Politik seien dies besondere Gelegenheiten, die man nicht ungenutzt verstreichen lassen dürfe. Mit der Initiative des Hessischen Verkehrsministers Tarek Al-Wazir, die stillgelegten Bahnstrecken für einen umweltfreundlichen Nahverkehr zu reaktivieren, bekäme die Herkulesbahn neuen Rückenwind. Schon 2007 hätten die Kasseler Stadtverordneten fraktionsübergreifend beschlossen, die Herkulesbahn neu zu starten. Die KVG habe daraufhin eine Vorstudie erstellt, die die Potentiale der Herkulesbahn hervorhob: „Die Attraktivität der touristischen Erschließung des Naturparks Habichtswald, des Bergparks und der Museen kann durch eine Bahnverbindung deutlich gesteigert werden. Durch eine umsteigefreie ÖPNV Verbindung wird das obere Bergparkareal besser erschlossen.“ Im Fazit der KVG Studie hieß es wörtlich: „Eine Herkulesbahn erscheint technisch und betrieblich möglich.“

Nach dem grandiosen Zuwachs der Besucherströme seit der Anerkennung des Bergparks als Weltkulturerbe, müssten jetzt Lösungen für dessen Erreichbarkeit gefunden werden, die auch noch die nächsten Jahrzehnte Bestand haben könnten, fordert Vanessa Gronemann, Sprecherin der Kasseler Grünen und Landtagskandidatin. Wenn man Kassels Chancen für den nationalen und internationalen Tourismus weiterhin voranbringen wolle, müsse man den Besuchern ein Angebot machen, dass sie sowohl die Museen in der Innenstadt als auch das Schloss mit Park und den Herkules gut erreichen können.

Karin Müller, MdL

19.07.2018 – Radstätte Rasdorf: Geschichte Deutschlands und Europas wird nachhaltig erfahrbar

Die GRÜNEN im Landtag gratulieren der Gemeinde Rasdorf zur Eröffnung einer „Radstätte“, einer Raststätte für Fahrradreisende, in der Nähe der früheren innerdeutschen Grenze. „In Rasdorf treffen sich der von Bonn nach Berlin verlaufende Radweg Deutsche Einheit und der Iron Curtain Trail. Diesen Radweg hat der langjährige GRÜNE

Europaabgeordneten Michael Cramer initiiert; er folgt auf seiner Länge von rund 10.000 Kilometern von der Barentssee bis zum Schwarzen Meer der ehemaligen Spaltung Europas in Ost und West. In der Gemeinde Rasdorf ist damit an der original erhaltenen Grenzanlage die deutsche Geschichte als Teil der europäischen für Radlerinnen und Radler im Wortsinne erfahrbar. Dieser Ort ist ein wichtiges Symbol für die Bedeutung offener Grenzen. Darum freut es mich besonders, dass Verkehrsminister Tarek Al-Wazir die Radstätte eröffnet hat“, sagt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

„Wir GRÜNE sind sehr froh, dass es auch in Hessen vom Bund geförderte ‚Radstätten‘ gibt“, erläutert Müller. „Radfahren und Radtourismus als Formen nachhaltiger Mobilität boomen und brauchen geeignete Infrastruktur. In der Rasdorfer Radstätte können Radfahrer nicht nur ihr Fahrrad sicher abstellen. Ein öffentlicher WLAN-Hotspot wird kostenloses Surfen mit dem eigenen Smartphone ermöglichen – zum Beispiel, um Schnappschüsse von Unterwegs zu versenden, die Tourenplanung zu aktualisieren oder schlicht auf dem Laufenden zu bleiben. Integrierte Touchpads bieten Internetzugang und digitale Informationen zur Grenze und ihrer Geschichte. Moderne Angebote wie diese bringen den Tourismus im ländlichen Raum weiter voran. Davon profitieren besonders die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen dieser Branche.“

„Kommunen wie Rasdorf in ihrer Zukunftsfähigkeit zu stärken, ist einer der Gründe, warum das Land Hessen im Jahr 2018 die Summe von sieben Millionen Euro für den Rad- und Fußverkehr ausgeben wird. Somit haben wir die Mittel für den Radverkehr mehr als verdoppelt, seit wir GRÜNE 2014 Regierungsverantwortung übernommen haben. Zusätzlich werden bis zum Jahr 2022 mehr als 60 Radmaßnahmen an Landesstraßen aus der Sanierungsinitiative 2016-2022 der Landesregierung finanziert. Mit uns kommt die nachhaltige Mobilität in Hessen an.“

Karin Müller, MdL

16.07.2018 – Reaktivierung von Bahnstrecken: Es lohnt sich, stillgelegte Gleise wieder in Betrieb zu nehmen

Die GRÜNEN im Landtag freuen sich sehr, dass mindestens vier weitere Bahnstrecken in Hessen vor der Reaktivierung stehen. „Der Schienenverkehr ist eine klimafreundliche Alternative zu immer mehr Straßen und Autos“, erklärt Karin Müller,

verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „An vielen Stellen lohnt es sich, stillgelegte Strecken wieder in Betrieb zu nehmen; wo immer es sinnvoll ist, sollte dies geschehen. Jeder Reisende, der vom Auto auf eine regionale Bahnanbindung umsteigt, ist ein Gewinn für moderne, umweltfreundliche Mobilität, für weniger Stau und weniger Abgasbelastung.“

„Wie lohnend es sein kann, eine stillgelegte Bahnstrecke wieder in Betrieb zu nehmen, zeigt das Beispiel Kurhessenbahn“, erläutert Müller: „Mit ihr kommen nicht nur Pendler schneller und bequemer aus der Region Korbach-Frankenberg in die Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Ruhr. Auch die touristischen Ziele im Waldecker Land und der Nationalpark Kellerwald-Edersee sind dadurch klimafreundlich zu erreichen. Wir GRÜNE haben für die Reaktivierung der 1987 stillgelegten Bahnstrecke lange gekämpft. Seit die Strecke Frankenberg-Korbach 2015 wiedereröffnet wurde, steigen die Fahrgastzahlen.“

Verkehrsminister Al-Wazir hat den Anrainer-Kommunen der Horloffthalbahn von Wölfersheim nach Hungen jetzt empfohlen, die weitere Planung für die Wiederinbetriebnahme anzugehen, und neben der Förderung durch Rhein-Main-Verkehrsverbund auch eine finanzielle Beteiligung des Landes in Aussicht gestellt. Damit ist nach Lumdatalbahn, einem Teil der Aartalbahn im Rahmen der Wiesbadener City-Bahn sowie der Güterstrecke vom Neu-Isenburger Bahnhof in die Innenstadt als Teil der Regionaltangente West die vierte Bahnstrecke in ein konkretes Stadium der Reaktivierung eingetreten. Bei vier weiteren Strecken laufen noch Machbarkeitsstudien.

Karin Müller, MdL

16.07.2018 – Gleichstellung ist Fairplay - Sport muss ohne Ausgrenzungen allen jederzeit möglich sein

Sport macht Spaß. Nicht nur körperlich unversehrten Menschen, sondern auch denen, die mit einem Handicap leben. Genau wie jeder andere schätzen sie es, sich für ihre körperliche Fitness zu engagieren, etwas für die Gesundheit zu tun, ihr Selbstbewusstsein zu steigern, aber auch Geselligkeit und Gemeinschaft zu erleben. „Daher freut es mich ganz besonders, dass das Projekt „Inklusives Training und Erwerb des Sportabzeichens für Menschen mit Behinderung“ im Sportkreis der Region Kassel Landesmittel in Höhe von 3000 Euro erhält. Mit diesem Projekt wird der Inklusionsgedanke für Menschen mit und ohne Handicap aktiv erlebbar“, so die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller.

„Es ist wichtig Sportmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung ebenso zu fördern und zugänglich zu machen, wie für Nicht-Behinderte. Gleiches gilt aber auch für jegliche Art von Sportstätten. Dort muss eine behindertengerechte Infrastruktur hinsichtlich Zutritt,

Aufenthalt und Nutzung zum selbstverständlichen Standard werden. Inklusion ist machbar und geht uns alle etwas an.“

Karin Müller, MdL

16.07.2018 – Haus der Sozialwirtschaft: bundesweit einzigartiges Erfolgskonzept – Grün Wirkt Weiter

Bei der GRÜN-wirkt-Tour besuchen Landtagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Menschen, Initiativen und Projekte in ganz Hessen, um über grüne Ideen und die Politik der Regierungskoalition zu sprechen. Die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller und die frauenpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, Sigrid Erfurth, besuchten das neue Haus der Sozialwirtschaft in Kassel, wo viele verschiedene soziale Organisationen, Vereine, Selbsthilfegruppen und Initiativen unter einem Dach arbeiten. Schwerpunktmäßig informierten sich die Abgeordneten über die Arbeit des Psychosozialen Zentrums für Geflüchtete und der Schwangerschaftsberatungsstelle des AKGG.

„Menschen, die vor Verfolgung und Krieg fliehen und zudem lebensgefährlichen Routen über Mittelmeer und Balkan auf sich nehmen, brauchen Unterstützung, um diese traumatischen Erlebnisse verarbeiten zu können“, so Müller. „Dabei übernehmen Psychotherapeuten die wichtige Aufgabe, um mit den Geflüchteten Erlebtes zu verarbeiten“, erklärt Erfurth. Eine weitere besondere Rolle nehmen Dolmetscher ein, die speziell für diesen Bereich der Übersetzung geschult und selbst nicht von Fluchterlebnissen betroffen sind, denn in den Gesprächen werden sie unmittelbar, ungefiltert mit den Fluchtgeschichten konfrontiert. „Hilfen für Geflüchtete sind ein aktuelles und sehr dynamisches Praxisfeld, das die Fachkräfte vor unterschiedliche Herausforderungen stellt. Um diese wichtige Funktion zu stärken, haben wir mit unseren Aktionsplänen zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes bundesweit einmalig reagiert und rund 2,9 Milliarden Euro investiert, um Schutzsuchenden zu helfen, Integration zu ermöglichen und eine offene Gesellschaft zu wahren“, so Müller und Erfurth.

Der darauffolgende Termin bei der Schwangerschaftsberatungsstelle des AKGG gab wiederum interessante Einblicke im Umgang mit der Sensibilisierung für das Thema Sexualentwicklung und Sexualerziehung bei Kindern. Aber auch Themen wie Verhütung, Schwangerschaft und Familienplanung nehmen eine wesentliche Rolle bei den Angeboten des AKGG ein. „Besonders die Aufgabe der Schwangerschaftskonfliktberatung mit Blick auf die Debatte um den Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches (StGB) zeigen zudem großen Handlungsbedarf. „Aus diesem Grund unterstützen wir

die beteiligten Akteure darin, eine überregionale, transparente und umfassende Liste mit den entsprechenden Adressen zusammenstellen“, so Erfurth. Müller ergänzt: „In Kassel zeigen wir Solidarität mit den Frauenärztinnen Nora Szász und Natascha Nicklaus, die aufgrund des veralteten Paragrafen 219a von Abtreibungsgegnern angezeigt wurden. Wir werden am 29. August zum Auftakt der Gerichtsverhandlung mitdemonstrieren und rufen dazu auf, sich der Demonstration anzuschließen.“

„Das Haus der Sozialwirtschaft verfolgt ein tolles Konzept, in welchem unterschiedliche Institutionen, die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen nutzen, um sich bestmöglich vernetzen zu können. Den Mitarbeiter*innen des gesamten Beratungszentrums gehört ein großes Dankeschön, denn sie tragen einen großen Anteil dazu bei, dass hilfeschuchende Menschen eine angemessene Anlaufstelle haben, in der sie fundierte Hilfe und Unterstützung erhalten“, resümiert Müller und Erfurth.

Parteivorstand

13.07.2018 – Mijatovic (Grüne): ‚Gastarbeiter‘ museumsreif – Kabinett für Halit Yozgat im Stadtmuseum

„Der Begriff ‚Gastarbeiter‘ ist heute ein Fall für das Stadtmuseum, ähnlich wie ‚Spätaussiedler‘. Diese Begriffe bezeichnen historische Situationen, die heute abgeschlossen sind.“ sagt Boris Mijatovic, Sprecher der Kasseler Grünen. Beide Begriffe hätten die Stadt geprägt, spielten heute jedoch keine Rolle mehr. „Aus ‚Gastarbeitern‘ und ‚Spätaussiedlern‘ sind schon lange Mitbürger*innen, Nachbar*innen und Freund*innen geworden. Dennoch verdient ihre Geschichte Beachtung, denn sie ist Teil der Stadtgeschichte.“ In eine museale Präsentation gehörten typische Alltagsherausforderungen der Familien, aber auch die Darstellung der Arbeitsplätze, Wohnsituationen und ehrenamtliche Aktivitäten, zum Beispiel in Sportvereinen.

Im Zuge der Debatte um die Gedenkkultur zum NSU-Mord an Halit Yozgat in Kassel vor 12 Jahren sei eine umfassende Darstellung der Einwanderungsgeschichte seit den 1950ern von besonderer Bedeutung. „Als Kinder von ‚Gastarbeitern‘ haben wir mitunter besondere Anforderungen für Akzeptanz erlebt.“, erinnert sich Mijatovic, dessen Vater Ende der 1960er aus Jugoslawien kam. „Vorurteile waren gängig und sind leider auch heute wieder verstärkt zu hören. Allein die Probleme mit dem Namen haben für viele spöttische Kommentare gesorgt. Das darf nicht wiederkommen.“

Aus Fremdenhass und Rassismus sind brutale Morde durch Rechtsextreme hervorgegangen. Daher fordert Mijatovic: „In einem Sonderkabinett muss Fremdenhass und der Mord an Halit Yozgat

beschrieben werden.“ Dazu biete sich die Anschaffung des documenta-Kunstwerkes „77sqm_9:26min“ des Forensic Architecture London an, schlägt Mijatovic vor.